

DDR-Kooperation

## Die Basis ist da

Ein schwäbischer Mittelständler kooperiert mit einem DDR-Kombinat – eine Zusammenarbeit mit Modellcharakter?

**E**ine Fabrik mit vielen Mitarbeitern ist die Fertigungsstätte der Tübinger Montanwerke Walter wahrhaftig nicht. Normalerweise sind in der Fabrikation für Fräswerkzeuge nur vereinzelt Menschen zu sehen; die dritte Schicht, die sogenannte mannlose, kommt ganz ohne sie aus.

Das Prinzip, nach dem hier gearbeitet wird, nennt sich CIM: Computer Integrated Manufacturing. Die Maschinen werden von einem Rechner gesteuert.

Eine solch hochmoderne Fertigung, sie ist auch in der Bundesrepublik noch die Ausnahme, soll schon bald in der DDR anlaufen – beim Werkzeugkombinat Schmalkalden. „Die wollen, was wir haben“, sagt Franco Mambretti, der geschäftsführende Gesellschafter der Tübinger Firma – und er will es ihnen geben.

Der Technologietransfer von West nach Ost, von Tübingen/Baden-Württemberg nach Schmalkalden/Thüringen, ist Teil der wohl umfassendsten Kooperation, die bislang zwischen einem DDR-Kombinat und einem bundesdeutschen Betrieb beschlossen wurde.

Die Verbindung, so ungewöhnlich sie – noch – ist, scheint nur konsequent. Als Geschäft auf Gegenseitigkeit, mit Profit für beide Seiten, könnte sie durchaus ein Modell sein für weitere Kooperation zwischen DDR-Kombinaten und bundesdeutschen Betrieben.

Die Produkte, um die es geht, sind Werkzeugmaschinen und jenes Werkzeug, mit dem maschinengeborene Teile bearbeitet werden. Die DDR orderte in den vergangenen Jahren in großen Mengen Werkzeugmaschinen in der Bundesrepublik. Sie benötigte gleichzeitig immer wieder neue Werkzeuge, und die sind eine Spezialität der Tübinger.

Eine Zusammenarbeit mit Walter stand deshalb auf der Wunschliste der DDR-Delegation, die vor eineinhalb Jahren mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth gemeinsame Projekte vereinbarte. Acht waren insgesamt vorgesehen, die Kooperation zwischen dem Werkzeugkombinat Schmalkalden und Walter ist bisher die einzige, die verwirklicht wurde.

Die Kontakte knüpfte der staatliche Außenhandelsbetrieb WMW (Werk-

zeugmaschinen- und Werkzeugindustrie). Bei WMW in Ost-Berlin wurde in mehreren Sitzungen der Rahmen der Vereinbarung abgesteckt. Die Firma ist für alle Ein- und Ausfuhren von Werkzeugen und Maschinen zuständig. Direkte Vereinbarungen zwischen ost- und westdeutschen Betrieben sind bisher nach DDR-Recht nicht möglich.

Von nun an ging alles sehr schnell, durchaus zur Überraschung der Tübinger. Die ersten Gäste aus der DDR kamen im April dieses Jahres zu Walter, die Schwaben machten kurz danach ihren Gegenbesuch. Ein halbes Jahr später war alles klar.

Die nüchternen Techniker und Kaufleute des schwäbischen Mittelständlers (Umsatz rund 200 Millionen Mark, 1200 Mitarbeiter) waren vom Wissensstand ihrer Gesprächspartner durchaus ange-

an Präzisionswerkzeugen für die Metallverarbeitung zu decken.

Das Geschäft hat für die Walter-Manager einen zusätzlichen „Nebeneffekt“ (Mambretti): Die DDR ist der größte Werkzeugmaschinen-Lieferant der Sowjetunion. Wenn DDR-Maschinen mit Walter-Werkzeugen aus Schmalkaldener Produktion ausgestattet sind, können die Tübinger auf Anschlußaufträge aus der Sowjetunion rechnen.

Beträchtliche Lieferungen in die DDR und die Erschließung neuer Märkte im Osten – das sind die Vorteile des westlichen Kooperationspartners. Die DDR profitiert, weil sie Devisen spart und wertvolles Know-how erhält.

Vor allem für die Herstellungsverfahren. Von Anfang an interessierten sich die Kombinat-Manager ganz besonders für die CIM-Fertigung in Tübingen.



Walter-Manager Mambretti (M.), Mitarbeiter: „Die DDR kann günstiger fertigen“

tan. Und was sie in Schmalkalden sahen, war nicht unbedingt eine Bestätigung für die gängigen Vorurteile über verrottete Produktionsanlagen in DDR-Betrieben: „Die Basis ist da“, erkannte Walter-Geschäftsführer Gerd Icks.

Künftig wird das DDR-Kombinat Walter-Werkzeuge selbst fertigen. Die Tübinger liefern das Know-how, gezahlt wird in harter D-Mark. Walter wird überdies dadurch belohnt, daß die Firma zukünftig Werkzeugmaschinen, die von der DDR importiert werden, bevorzugt mit Walter-Werkzeugen ausrüstet.

Die Gefahr, in der DDR den Konkurrenten der Zukunft aufzupöppeln, sieht Mambretti, ein Deutscher mit italienischem Namen und Akzent, nicht. Die Lizenzproduktion bei Schmalkalden, sagt er, verhindere, daß Walter allzusehr vom DDR-Geschäft abhängig werde. Im übrigen werde die DDR auch in Zukunft nicht in der Lage sein, den Eigenbedarf

Rund 25 Millionen Mark hat das mittelständische Unternehmen in den vergangenen Jahren in diese Technik gesteckt, die es zusammen mit der Stuttgarter Fraunhofer-Gesellschaft entwickelte. Die Software für die Steuerung der Anlage lieferte maßgeschneidert IBM.

„Wir wollen“, erklärt Walter-Produktionchef Bernd Brodbeck, „unsere Partner in der DDR in die Lage versetzen, eine solche Produktion zu planen und zu beherrschen.“ Natürlich wird die Technik an die Bedingungen von Schmalkalden angepaßt, natürlich wird sie nur schrittweise eingeführt – aber am Ende soll die Fabrik computergesteuert produzieren.

Die komplizierten Teile der Technik allerdings muß die DDR selbst entwickeln. Der Leitrechner und die Software unterliegen der Cocom-Liste, sie dürfen nicht exportiert werden. Noch ist

die Wissensübermittlung, in harter Mark bezahlt, einseitig.

Doch in Zukunft wollen die Schwaben auch von ostdeutschen Expertenkenntnissen profitieren. Das Werkzeugkombinat Schmalkalden, an der Zahl der Mitarbeiter gemessen rund zehnmal so groß wie sein westlicher Partner, verfügt über ein Forschungsinstitut. Mambretti sieht darin „ein Potential, das uns hilft weiterzukommen“. Gemeinsame Entwicklungen sind geplant.

Und noch einen langfristigen Vorteil, dessen Größenordnung allerdings noch nicht fest vereinbart ist, hat der Walter-Chef im Hinterkopf: Er will mit der Zeit Teile seines Produktprogramms vom Partner beziehen. „Die DDR“, sagt Mambretti, „kann für viele Jahre bestimmte Produkte günstiger fertigen als wir.“

Ein gemeinsames Unternehmen mit dem Partner, so es denn möglich würde, will Mambretti gar nicht anstreben. Für den Mittelständler, der in den vergangenen Jahren durchschnittlich jeweils 20 Millionen Mark investierte, erscheint eine Kooperation wie verabredet ungleich günstiger: Sie sichert weiteres Wachstum – ohne zusätzlichen Kapitaleinsatz.

Atomenergie

## So ernst nicht gemeint

Die Stromkonzerne nehmen endgültig Abschied von der Wiederaufarbeitung von Brennelementen.

Über Nacht waren die Stacheldrahtzäune und die Mauern überflüssig geworden; über Nacht hatten all die Rechtfertigungssprüche der Politiker ihren Sinn verloren.

Die Festung Wackersdorf, jene gigantische Atom-Baustelle im Oberpfälzischen, fiel am 3. April dieses Jahres. Der inzwischen verstorbene Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder hatte das Aus für die deutsche Wiederaufarbeitungsfabrik mit einem „einmaligen Angebot“ aus dem Ausland begründet.

Billiger als daheim sollten die Atom-brennstäbe im französischen La Hague wieder frisch gemacht werden. Und: Mit nahezu 50 Prozent sollten sich die Atomstrom-Hersteller aus dem Veba-Reich an einer Tochter der französischen Wiederaufarbeitungsfirma Cogema beteiligen.

Die deutschen Atomstrom-Hersteller sind schon lange Kunden bei der Cogema. Doch eine Beteiligung, so von Bennigsen, verschaffe den Deutschen eine weitaus stärkere Position. Die Entsor-

gung der deutschen Kernkraftwerke vom Atom-müll sei damit in guten Händen, und sie sei auch noch billiger als in Wackersdorf.

Das Beteiligungsver-sprechen vor allem war es, was für das überraschende Ende der jahrelang erbittert bekämpften und verteidigten Atom-anlage gesorgt hatte.

Doch das Versprechen war so ernst offenbar nicht gemeint. Heute, acht Monate später, ist von einer Beteiligung hiesiger Atomstrom-Hersteller an der französischen Cogema oder an der britischen BNFL, die in Sellafield Brennstäbe aufarbeitet, keine Rede mehr.

Vorvergangenen Donnerstag billigten die Re-präsentanten der deutschen Stromkonzerne in Hannover jene Verträge, die ihnen die Wiederauf-arbeitung bis zum Jahr 2005 in La Hague und in Sellafield ermöglichen. Irgendeine Beteiligung ist in diesen Vereinbarun-gen nicht vorgesehen.

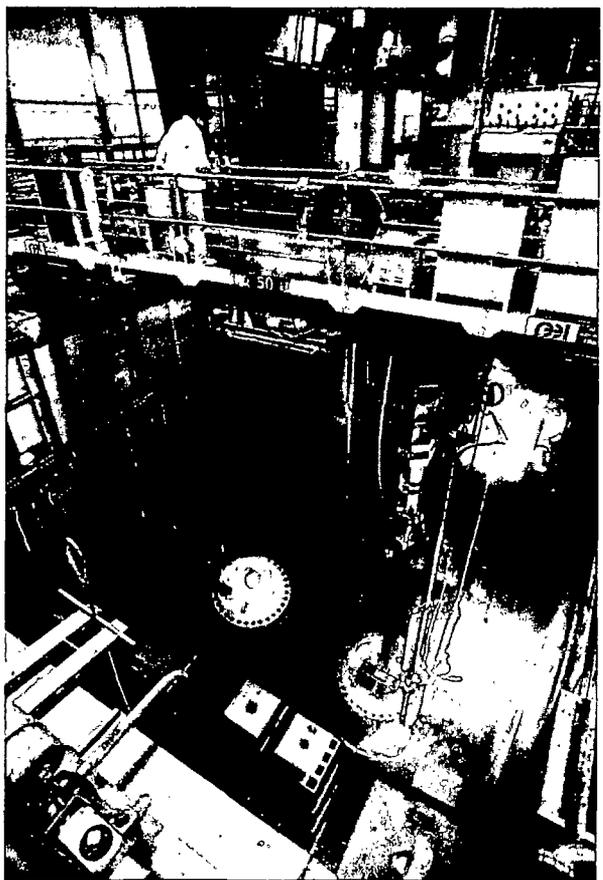
Die Vertragswerke, die den Ausstieg aus dem Projekt Wackersdorf amtlich machen, lassen ganz im Gegenteil die Vermutung zu, daß die Strommanager nicht mehr viel von der sogenannten integrierten Entsorgung halten – von jenem Konzept mithin, wonach der Atom-müll nicht einfach in irgendein Bergwerk gebracht, sondern aufgearbeitet und erneut in Atomreaktoren verwendet wird.

Erstaunlich niedrig jedenfalls liegen mit 300 bis 500 Mark pro Kilo die vereinbarten Konventionalstrafen für den Fall, daß die deutschen Kunden nach 1999 nicht mehr in La Hague oder Sellafield arbeiten lassen.

Lange Zeit war gerade dieser Teil der Verträge umstritten. Bis zum 15. November beharrte die Cogema auf festen Kontrakten für feste Mengen bis 2005. Der Preis sollte fällig werden, egal, ob die Deutschen die Brennelemente anlieferen oder nicht. Erst als die Engländer weichere Bedingungen boten, lenkten die Franzosen ein.

Die Zähigkeit, mit der die Deutschen gerade über die Rücktrittsklausel verhandelt haben, enthüllt die wirkliche Absicht der Stromfabrikanten.

Nach dem Jahr 2000 wollen sie endgültig weg von der teuren Wiederaufarbeitung. Die Aufarbeitung der Brennelemente macht ökonomisch keinen Sinn



Wiederaufarbeitung in La Hague  
Die Franzosen lenkten ein

mehr, nachdem der Verzicht auf den Schnellen Brüter Gewißheit ist und nachdem die Uranpreise in den letzten Jahren immer tiefer gefallen sind. Offenkundig steuern die Atommanager nun die direkte Endlagerung an: Die Brennelemente sollen nach langer Zwischenlagerung ohne Wiederaufarbeitung in Salzstöcken gelagert werden.

Diese Form der Entsorgung setzt allerdings eine Gesetzesänderung voraus. Bislang ist der Betrieb von Kernkraftwerken nur möglich, wenn die abgebrannten Kernbrennstäbe aufgearbeitet und die zurückgewonnenen Stoffe Plutonium und Uran wieder genutzt werden. Doch das lohnt sich nun mal nicht.

Noch wagt Bonn nicht, dieses Verwertungsgebot des Atomgesetzes zu streichen. Die Regierenden fürchten, daß dann erneut der Streit ums Atom losgeht, und das knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl.

Kanzler Kohl und sein Umweltminister Klaus Töpfer spielen auf Zeit. Bis zur Bundestagswahl wollen sie die Wiederaufarbeitung als Standard-Entsorgung erscheinen lassen, als wäre nichts gewesen. Erst danach soll die Debatte über die Anpassung des Atomgesetzes eröffnet werden.

Ob Bonn sich soviel Zeit lassen darf, ist höchst fraglich. In einem Gutachten